Franziska Eichstädt – Bohlig

Stadt für Frauen – Frauen für eine lebenswerte Stadt

Mit dem Kampf um Gleichberechtigung haben wir Frauen in den letzten 30 Jahren primär um eigene Rechte und weniger um eigene Werte gestritten. Im Effekt haben wir uns primär dafür engagiert, den Männern gleich zu sein. So ist die Emanzipation selbst zum Beitrag der verstärkten Durchsetzung männlicher Prinzipien geworden. Wir leben in einer Gesellschaft, deren tägliches Gebet der Ruf nach mehr Wettbewerb ist. Das männliche Prinzip der Konkurrenz und des Kampfes um den Platzvorteil ist auf dem Siegeszug rund um den Globus. Das traditionell weibliche Prinzip des Bewahrens der Schöpfung und des Engagements für das Lebens gilt als altmodisch und überholt. Zumindest gibt es nicht mehr den Geschlechterkampf um den Widerstreit dieser beiden Prinzipien und nicht mehr die klassische Arbeitsteilung, die beidem ihren Raum zuwies. Stattdessen dominiert das Gesetz, dass es der Gesellschaft insgesamt am besten gehe, wenn jeder und jede dem Egoismus frönt und primär für den eigenen Vorteil kämpft. Ich meine aber: Wenn wir Emanzipation und Engagement für den Schutz des Lebens gleichermaßen wollen, brauchen nicht nur die Männer, sondern auch wir Frauen eine neue Wertorientierung.

Was hat denn das mit Stadtentwicklung zu tun? Auch die Stadt- und Siedlungsentwicklung wird vom Regelwerk des allseitigen Egoismus beherrscht und verliert dadurch Zug um Zug ihr menschliches Gesicht. Von vielen unbeachtet beherrscht das Konkurrenzprinzip längst auch die Städte und ihre Entwicklung. Die Globalisierung der Wirtschaft und der Arbeitsmärkte hat die regionale und nationale Städtekonkurrenz zur globalen Konkurrenz gemacht. Gleichzeitig sind die Städte die Verlierer der rasant fortschreitenden Stadt – Umland – Konkurrenz. Die Sehnsucht nach dem Eigenheim zieht junge Familien in die „Wohnparks" des Umlands. Verbrauchermärkte, Freizeitparks und Gewerbeparks ziehen nach. Der günstig gelegene Autobahnknoten ist zum Maßstab einer autoorientierten Raumordnung geworden. Die Bürgermeisterkonkurrenz gewinnt, wer am erfolgreichsten Zersiedlung und Landschaftszerstörung betreibt. Die Städte sind dementsprechend verkehrsverstopft, verkehrsverlärmt und kinderfeindlich.

Wählt Frau die Kinderlosigkeit, so ist die Stadt sicher der ideale Ort für weibliche Emanzipation. Gut ausgebildet, mobil und frei von Familienpflichten kann Frau sich voll dem Berufsleben widmen. Auch für die Nachkinderphase und für die Altersemanzipation, für gesellschaftliche und ehrenamtliche Initiativen von Menschen im (Vor-)Ruhestand ist die Stadt der ideale Ort. Aber Frauen, die Emanzipation und Kinder

miteinander vereinbaren wollen, brauchen eine kinder- und menschenfreundliche Stadt. Und eine Gesellschaft, die wieder mehr Kinder will, braucht die frauenfreundliche Stadt. Denn für das Leben mit Kindern sind unsere Städte unwirtlich und extrem anstrengend. Die Unfallgefahren lauern direkt vor der Haustür. Kleine Kinder müssen permanent bewacht werden. Auf dem Spielplatz müssen erst mal Hundekot, Spritzen und Glasscheiben weggeschafft werden. Der Stadtpark ist weit weg und überfüllt. Auch sind die meisten innerstädtischen Wohnformen, das Wohnen in standardisierten Geschosswohnungen, wo Kinderfahrrad, Schlitten und Sportausrüstung keinen Platz finden, wo es keinen nutzbaren Außenraum gibt, wo der Raum fürs werkeln und basteln fehlt, wo der Balkon über der verlärmten Straße nur für zwei Stühle reicht, schlicht kinderfeindlich. Also bleibt nur in der Stadt wohnen, wer Familie und Beruf sonst nicht unter einen Hut kriegt, wer eingefleischte/r Städter/in ist und wer sich finanziell den Umzug in die durchgrünten Vororte und Umlandgemeinden nicht leisten kann.

So vollzieht sich seit Jahren konstant eine doppelte Umschichtung in unseren Siedlungsräumen. Einerseits ziehen nach wie vor Menschen aus den ländlichen Räumen in die Ballungsgebiete, ein Prozess, den die künftige Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion noch verstärken wird. Andererseits verlassen immer mehr angestammte Bewohner die Kernstädte. Beide – die Landflüchtlinge wie die Stadtflüchtlinge - siedeln sich im Umland der Ballungsgebiete und Großstädte in schnell wuchernden Vorortsiedlungen an, die rasch ihren ländlichen Charakter verlieren. Dieser doppelte Entleerungsprozess der Städte und des ländlichen Raums führt zu einer wachsenden Suburbanisierung und hat sozial, kulturell und finanziell für die Städte erhebliche negative Folgen.

Da vor allem Mittelschichtfamilien die Städte verlassen, verlieren diese erheblich an Steuerkraft. Die Städte müssen weiterhin Infrastruktur aller Art für die Bewohner der Umlandgemeinden vorhalten, gleichzeitig verstärken sich durch den Wegzug die sozialen Probleme. Die soziale Entmischung in den Städten und vor allem in den sozial unterprivilegierten Stadtteilen schreitet kontinuierlich voran. In solchen Vierteln sammeln sich zunehmend Migrantenhaushalte und Haushalte ohne Arbeit und ohne Perspektive, Menschen, die oft dauerhaft von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Die Fluktuation ist hoch, denn wer sich verbessern kann, verlässt den Stadtteil.

Mit und in den Umlandgemeinden entstehen neue Infrastrukturprobleme. Die Einfamilienhaussiedlungen altern mit ihrer Bewohnerschaft. Wo vor 30 Jahren dringend Kindergärten und Schulen gebraucht wurden, gibt es heute einen wachsenden Bedarf an Senioren- und Pflege-

infrastruktur, während in den Neubausiedlungen von heute wieder Kindergärten gebaut werden müssen und später in 30 Jahren wieder Seniorenfreizeitstätten. Die Ein-Generationensiedlung stellt die öffentlichen Hände vor große planerische und finanzielle Herausforderungen.

Selbst in den großen Wachstumsregionen wie München, Stuttgart oder Hamburg haben die Städte rückläufige Bevölkerungszahlen und steigende soziale Probleme, während das Umland immer weiter zur Zwischenstadt wuchert. So hat die Region Hamburg in den Jahren 1993 bis 98 durch die günstige Wirtschaftsentwicklung 60 000 Einwohner gewonnen, die Stadt Hamburg aber im gleichen Zeitraum 35 000 Einwohner verloren. Mit den Bewohnern verliert die Stadt auch Finanzkraft, Hamburg rechnet für eine abwandernde vierköpfige Familie rund 24.000 DM Steuermindereinnahmen pro Jahr, während der Bedarf an sozialpolitischen Maßnahmen steigt.

Mit der sozialen Segregation verstärkt sich in den Großstädten auch das Auseinanderdriften zwischen der Wohnbevölkerung deutscher und nichtdeutscher Herkunft. Für Migranten ist Segregation Integrationsvoraussetzung und Integrationshemmnis gleichermaßen. Sie gibt den Einwanderern ein „Stück Heimat in der Fremde" und erleichtert damit eine Integration ohne den Verlust der „alten" kulturellen Identität. Doch dort, wo kleinräumige und temporäre Segregationsprozesse sich verfestigen und ausdehnen, behindern sie die Zukunftschancen und die Integrationsfähigkeit und ein akzeptierendes und konstruktives Nebeneinander von unterschiedlichen Ethnien.

Migration wird einerseits misstrauisch beobachtet, weil die Angst vor sozialen Spannungen vorherrscht, und wird andererseits gefordert, weil sie die Kinderlosigkeit der deutschen Bevölkerung kompensieren soll. Migration erfolgt natürlich primär in die Städte, denn die Stadt ist der natürliche Ort der Zuwanderung von Fremden. Dies erhöht aber die sozialen Spannungen in den Städten und verstärkt die soziale Entmischung. Die Großstädte fühlen sich zunehmend überfordert mit den Aufgaben der ethnischen Integration. In bestimmten Gebieten Hamburgs oder Berlins sind Schulen mit einem Anteil nichtdeutschsprachiger Schüler von 85% keine Seltenheit mehr. Selbst Kindern der dritten und vierten Migrantengeneration muss unter solchen Bedingungen der Spracherwerb und die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt misslingen. Misslungene Integration führt wiederum zu verstärkter sozialer Segregation. Bildungsbewusste deutsche und ausländische Familien verlassen solche Stadtviertel – ein Teufelskreis, aus dem viele Städte keinen Ausweg wissen.

Die Umverteilung der Bevölkerung und die wachsende Funktionstrennung zwischen Stadt und Umland und innerhalb der Städte führt zu steigender Belastung der Städte durch fließenden und ruhenden Verkehr. Die Umlandbewohner pendeln oft nicht nur zum Arbeiten in die Stadt, sie nutzen natürlich auch die städtischen Einkaufs-, Kultur- und Infrastrukturangebote – und dies mangels ausreichender ÖPNV – Versorgung in der Fläche meist mit dem PKW.

Die Städte stehen also vor der paradoxen Aufgabe, gleichzeitig zur Erhaltung der Attraktivität städtischer Einkaufs- und Dienstleistungszentren Straßen, Parkplätze und Erschließung für Liefer- und Individualverkehr autogerecht auszubauen. Gleichzeitig müssen sie aber auch verstärkt in Verkehrsvermeidung investieren, um ihre Städte als Wohnort wieder attraktiv zu machen. Denn der zunehmende Verkehr, Lärm- und Immissionsbelastungen und Unfallgefahren und das Fehlen autoarmer und autofreier Straßen, Spiel- und Freiflächen sind wesentliche Gründe für den Fortzug. In den Innenstädten führt dies zu fast unlösbaren Zielkonflikten um begrenzte räumliche Kapazitäten, die nicht beides erlauben: hohe Wohn- und Wohnumfeldqualität und unbeschränkte Freiheit für den Individualverkehr.

Durch die Übernutzung innerstädtischer Gebiete infolge hoher Boden- und Mietpreise verschwinden mehr und mehr innerstädtische Freiflächen. Den Städten fehlt das Geld, sie in Grün und Spielplätze umzuwandeln. Gleichzeitig werden die Naherholungsgebiete im Umland durch die raumgreifende Suburbanisierung immer weiter vor die Tore der Stadt gedrängt. Wer im Rhein – Main – Gebiet wohnt, muss nicht selten 1 ½ oder 2 Stunden fahren, bis er oder sie den Siedlungsbrei des Ballungsraums hinter sich gelassen hat.

Doch auch für die Lebensqualität in den Städten ist die Erhaltung und der Ausbau innerstädtischer Grün- und Freiflächen und stadtnaher Erholungsgebiete existentiell, für Luft und Klima ebenso wie für Erholung und Freizeit. Nicht zuletzt erzeugt die Wochenendstadtflucht neue Probleme: Auf der Suche nach einem Stückchen Natur stauen sich allwöchentlich die Autos der Städter und Umlandbewohner kilometerweit. Die knappen Freiräume sind häufig übernutzt, Naturschutz und Freizeitansprüche kollidieren miteinander.

Was wir brauchen ist eine offensive Stadtpolitik der Kinderfreundlichkeit und eine neue Form der Stärkung der Städte als Wohnort. Denn eine Stadt für Kinder ist eine Stadt für Menschen und damit auch die Stadt für Frauen!

Wir müssen die Städte als Wohnort wieder attraktiv machen, damit sie in der Konkurrenz zur „grünen Wiese" bestehen können. Dabei

müssen die Bedürfnisse ernst genommen werden, die viele Menschen mit dem Bau eines Einfamilienhauses zu befriedigen versuchen – private Abgeschlossenheit, Überschaubarkeit, Selbstverwirklichung im Nahbereich der Wohnung, ein Stückchen privates Grün, sichere Spiel- und Freiflächen für Kinder etc. Es muss versucht werden, dichtere, städtische Bauweisen zu entwickeln, die einem Großteil dieser Bedürfnisse gerecht werden. Das Leitbild des familiengerechten städtischen Wohnens kann weder das freistehende Einfamilienhaus noch das anonyme achtgeschossige Wohnhaus sein. Hier muss planerische Phantasie dem Druck der maximierten Flächenausnutzung entgegenwirken. Stadtreihenhäuser nach dem Vorbild britischer Städte, der Arbeitersiedlungsbau der 20er Jahre und zahlreiche Modellprojekte des flächensparenden Bauens der letzten Jahre können Beispiel für eine neue städtische Baukultur werden. Noch wichtiger aber wird es, die Qualität der Wohnungsbestände und die Qualität der Freiräume in den Städten deutlich zu verbessern, um attraktive Alternativen zum Neubau auf der grünen Wiese zu schaffen.

Notwendig ist eine grundsätzliche Schwerpunktverlagerung vom Leitbild der kontinuierlichen Siedlungserweiterung zum Leitbild der Pflege und Weiterentwicklung des Siedlungsbestands. Dazu ist es erforderlich, bestehende Anreize für Flächenverbrauch und Zersiedlung abzubauen und die gegebenen planungsrechtlichen Instrumente zur Steuerung einer ökologisch sinnvollen Raumentwicklung ernsthaft anzuwenden und neu zu schärfen. Nötig ist die Aktivierung von Flächenpotentialen auf Brachen, Lücken und in Verdichtungsgebieten. Nötig ist die Umorientierung von Steueranreizen, Zulagen und Direktsubventionen vom Neubau auf die Bestandserneuerung. Die Eigentumspolitik muss auf Differenzierung setzen. Wir brauchen mehr Individual-, Gemeinschafts- und Genossenschaftseigentum in den Städten, um das Verantwortungsgefühl der Bewohner für „ihren" Stadtteil zu stärken. Notwendig ist auch die Weiterentwicklung des Boden- und Bewertungsrechts und eine aktive städtische Bodenvorratspolitik, ebenso wie der städtebaulich feinfühlige Umgang mit dem Verkauf von öffentlichem, insbesondere auch bundeseigenem Grundvermögen. Und noch viele weitere Bausteine müssen hinzugesetzt werden.

Wenn die fortschreitende Schwächung der Städte verhindert werden soll, müssen die Städte in ihren wichtigsten städtischen Funktionen erhalten bleiben, angepasst an Bedürfnisse von heute und morgen. Nur so können die Städte ihre jahrhundertealtes ökonomisches, kulturelles und demokratisches Erbe bewahren und in die Zukunft tragen. Dazu brauchen wir die tatkräftige Unterstützung von sehr vielen Frauen und Männern.